

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich M. 35.—. Die Hälfte 22 zum breiten Teile M. 12.—, außerhalb Sachsens M. 15.—. Familien-Anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10 tägige An- und Verkäufe 25 %. Nachdruck Vorzugsplätze laut Tarif. Unverzügliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelpreis des Verabendblattes M. 1,50.

Verständlich: Reichsdruck Dresden. Verlagsnummer 25 241. Preis für Nachdruck: 20011.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden. Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen. An- und Verkauf fremder Goldsorten. Schlachthofring 7 + Wettinerstr. 56, Großmarkthalle + Eliasplatz 3 + Kaiserstr. 11 + Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Scheckverkehr. Einziehung und Ankauf von Wechseln. Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren. Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Das Ende der Berliner Reparationsverhandlungen.

Die Ausichtslosigkeit der Zukunft. — Dollar amtlich 1850. — Besorgnis der Welt um den Marksturz.

Ergebnislos.

Berlin, 25. Aug. Von amtlicher Seite wird folgendes Kommuniqué verbreitet:

Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Bradburn und Rauciere einerseits, dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister andererseits, die am letzten Montag begonnen hatten, sind heute zu Ende geführt worden und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß die Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind jedoch verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden. Die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, die Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der Hauptzweck ihrer Reise war und sie über die eben erwähnten Anregungen zu unterrichten.

Ob die deutschen Vorschläge genügen?

Berlin, 25. Aug. In Berliner politischen Kreisen hat man, wie das auch in der amtlichen Mitteilung deutlich zum Ausdruck kommt, von den heute zu einem vorläufigen Abschluß gekommenen Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission allgemein den Eindruck, daß diese Besprechungen keine Klärung der Situation geschaffen haben. Es wird jetzt also alles auf die Verhandlungen innerhalb der Reparationskommission selbst ankommen, ob die deutschen Vorschläge genügen, wenn auch kein ausgesprochenes Moratorium, so doch eine gewisse Stempante für Deutschland zu erzielen. (Z. U.)

Ein Ausgleichsvorschlag?

Paris, 25. August. Die Pariser Presse berichtet über einen neuen deutschen Vorschlag dahingehend, die als Pfänder geforderten staatlichen Minen und Forsten der Kontrolle eines amerikanischen Kommissars zu unterstellen. Ueber die Haltung Frankreichs dem neuen Angebote gegenüber finden sich in den Pariser Blättern keinerlei Andeutungen.

Die Einigung mit den Bergarbeitern.

Wöchentlich zwei Ueberstunden.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 25. August. Bei den unter dem Vorsitz des Reichsbergbauamts abgehaltenen Verhandlungen mit den Bergarbeitern wurde gestern in später Abendstunde eine Einigung erzielt. Für das Ruhrgebiet soll zum Vergleich der im September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 150 Mark erfolgen. Ein weiterer Betrag von 140 Mark soll als Ausgleich der noch nicht abgeleiteten Teuerung in der zweiten Hälfte des Monats August sowie unter Berücksichtigung der Tatsache gewährt werden, daß die Bergarbeiterlöhne seit erst erheblich nach der Zeit angehoben wurden, in der sie verdient worden sind. Außerdem soll das Hausgeld vom 1. September um 3 Mark, das Kindergeld um 2 Mark pro Schicht erhöht werden. In Würdigung der außerpolitischen Lage und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands vereinbarten die Parteien ferner, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes vom 1. September an bis auf weiteres den dritten Tag der Woche im Anschluß an die regelmäßige Schicht je zwei Ueberstunden verfahren werden. Die Bergleute sollen für diese Ueberarbeit einen Lohnzuschlag von 50 Prozent erhalten. Dieser Zuschlag wird nicht durch Erhöhung des Kohlepreises gedeckt werden. Im übrigen sollen die Organe der Kohlenwirtschaft am 30. August über die Preiserhöhung beschließen, die durch die Lohnerhöhung notwendig wird. Für die übrigen Steinkohlegebiete ist der Abschluß von Ueberstundenabkommen gleichfalls zu erwarten.

Die notwendige Steigerung der Kohlenpreise.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 25. Aug. Die gestern zustandekommenden Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Kohlenbergbau, die auch zur Annahme des Ueberstundenabkommens führten, werden auf der anderen Seite eine sehr wesentliche Steigerung der Kohlenpreise im Gefolge haben. Wie aus industriellen Kreisen mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß im kommenden Monat der Berliner Kohlen ab Grube im Durchschnitt auf 300 M. zu steigen kommen, dazu treten die Transportkosten, die jetzt ebenfalls erhöht werden, und die Verdienstspanne für Klein- und Großhändler. So daß sich die Kohle durchschnittlich auf 400 M. für 50 Kilo stellen wird.

In Verbindung mit der Erhöhung der Kohlenpreise steht auch eine Preiserhöhung der Nebenprodukte, wie Teer, Keesöl, Benzol usw. Durch das Ueberstundenabkommen

Die Widerlegung der Wirtschaftslügen Poincarés.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 25. Aug. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat für die beiden Delegierten der Reparationskommission ein Pronunciamento ausgearbeitet, in dem er die Argumente widerlegt, die der französische Ministerpräsident in seinen Reden dauernd gebraucht hat. Es wird die Meinung zurückgewiesen, Deutschland habe mit Absicht seine Währung in Verfall kommen lassen. Erzeugung, Handel und Verbrauch hängen unter dem Druck von Versailles, der verschärft werde durch die immer erneute Verögerung einer für Deutschland angepassten Regelung der Reparationsfrage. Die Passivität der Zahlungsabläufe könne nicht aus eigener Wirtschaftskraft überwunden werden und daneben könnten nicht noch neue hohe Zahlungen geleistet werden.

Der Ausgleich in der Handels- und Zahlungsbilanz und der Ausgleich des Staatshaushaltes sei ohne die Hilfe einer Auslandsanleihe nicht möglich.

Die zur Herbeiführung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nötige Steuerbelastung müsse zu weiterer Inflation führen. Der politische Druck, der insbesondere von Frankreich ausgeht, müsse zwangsläufig zum Zusammenbruch der Währung und Wirtschaft führen. Die Festigung des Kurses der deutschen Währung sei dringender notwendig, da sonst Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelmangel und Unruhen eine hinauschiebung des europäischen Wiederaufbaues und eine Fortdauer der Weltkrise die unausbleiblichen Folgen sind. Zum Schluß wird die französische Auffassung, daß maßgebende wirtschaftliche Kreise Deutschlands die gegenwärtige Entwicklung begünstigen, als völlig absurd bezeichnet.

Die Freigabe der deutschen Bankguthaben im Elsaß.

Paris, 25. August. Aus Straßburg wird mitgeteilt, daß die Revisionsmaßnahmen gegen die Deutschen, soweit sie sich auf die Beschlagnahme von Bankguthaben beziehen, heute, am 25. August, aufgehoben werden.

Frankreich nach Deutschlands Zusammenbruch.

London, 25. August. Der Arbeiterführer Thomas erklärte gestern in einer Rede, wenn Oesterreich zusammenbräche und Deutschland ihm auf diesem Wege folge, werde Frankreich zehnmal schlimmer daran sein, als jetzt. Er hoffe immer noch, Frankreich werde vernünftig werden. Das einzige Mittel, um eine allgemeine Zusammenarbeit der Nationen wieder herbeizuführen, sei seiner Meinung nach, einen Strich durch die Jahre 1914 bis 1918 zu ziehen und alle Bemühungen lediglich auf die Sache des Weltfriedens zu richten.

Die Folgen der Brandrede Poincarés für Frankreich.

London, 24. August. Der neue gewaltige Sturm der Weltmarkt erregt großes Aufsehen. „Manchester Guardian“ schreibt zu dem seit der letzten Rede Poincarés eingeleiteten Marksturz: Es scheint kaum glaublich, daß die Franzosen in einer Politik beharren, die mit dem Zusammenbruch des deutschen Handels enden müsse und mit der endgültigen Enttäuschung der Franzosen, irgendwelches deutsches Geld zur Balancierung des französischen Budgets zu erhalten. Jedes Wort der Brandrede Poincarés koste dem französischen Steuerzahler 10 und somit Frankreich. (W. T. B.)

Einstellung französischer Zahlungen an deutsche Firmen.

Paris, 24. August. Der „Eclair“ teilt mit, daß alle französischen Firmen, die mit Deutschland in Handelsbeziehungen stehen, benachrichtigt worden sind, die gegenwärtig fälligen Beträge nicht nach Deutschland zu bezahlen, sondern sie in Banken als Guthaben der betreffenden deutschen Firmen zu deponieren.

England und das Ruhrgebiet.

London, 25. Aug. Nach einer Mitteilung des „Manchester Guardian“-Korrespondenten in Berlin, hat Bradburn während der Verhandlungen zwar Zweifel an der Möglichkeit einer Ruhrbesetzung zum Ausdruck gebracht, aber zugleich mitgeteilt, daß England keine Maßnahmen treffen würde, um die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Auch die übrigen englischen Zeitungen bringen zu den Reparationsverhandlungen zahlreiche ungünstige Nachrichten. Die englischen Pressestimmen aus Paris sind wenig hoffnungsvoll. Im „Manchester Guardian“ wird mitgeteilt, daß nur geringe Aussicht vorhanden sei, daß die Situation durch die gegenwärtigen Besprechungen in Berlin entspannt werden könne.

Eine englische Ansicht über die deutsche Wirtschaftslage.

London, 25. August. Sir L. Franklin von der Firma Samuel Montagu & Co. äußerte sich in einer Unterredung über die Wirtschaftslage Deutschlands. Er erklärte, daß ein sehr großer Teil des flüssigen Kapitals bereits im Ausland untergebracht sei. Die Waise der Welt erhöhe nur den Wert dieses Kapitals. Deutschland befinde sich in einer bevorzugen Situation hinsichtlich der ausländischen Konkurrenz, es sei in der Lage, die Rohstoffe, die es nötig hat, für dieselben Bedingungen wie jedes andere Land zu kaufen. Es würde auch in fremden Wäsen für die in Deutschland hergestellten Waren, die es ausführe, bezahlt. In beiden Fällen würden die deutschen Fabrikanten unüberlegbare Vorteile davontragen. Außerdem bezahle Deutschland seine Arbeiter in Papiermark. Die Löhne betragen in Sterling ausgedrückt wöchentlich weniger als 10 Schilling. Diese Auffassung ist viel zu optimistisch, weil sie Papiergeldvermehrung mit Werterhöhung gleichstellt.

Aufklärungen des amerikanischen Schatzsekretärs über die britischen Schulden.

Washington, 25. Aug. Der Schatzamtssekretär Mellon gab infolge zahlreicher Anfragen über die Natur der Verpflichtungen der verschiedenen europäischen Regierungen gegen Amerika eine Erklärung an die Presse ab, in der es heißt:

Großbritannien habe Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten übernommen, nicht für sich selbst, sondern für andere Alliierte, nachdem Amerika vorher erklärt habe, das Großbritannien geliebte Geld sei zwar für die anderen Alliierten bestimmt, die Vereinigten Staaten seien aber nur bereit, das Geld herzugeben, wenn England eine Garantie übernehme. Diese Darstellung beruhe offenbar auf einem Mißverständnis. Die Vereinigten Staaten gewährten jedem Alliierten Vorschüsse zu dem Zweck, die von ihm in Amerika gemachten Käufe zu decken, ohne dabei die Forderung anzustellen, daß eine andere Regierung die Garantie übernehme. Die von den Vereinigten Staaten der britischen Regierung gewährten Vorschüsse hätten lediglich zur Deckung britischer Käufe gedient. In dem im Juli 1920 dem britischen Postmaster zugefertigten Memorandum hat das amerikanische Schatzamt erklärt, daß die Konsolidierung der britischen Schulden in keinerlei Zusammenhang mit den von Amerika, Großbritannien und anderen Regierungen gewährten Kriegsvorschüssen und ebenso wenig mit den Reparationszahlungen der Mittelmächte habe. (W. T. B.)

hofft man jedoch die Einfuhr von englischer Kohle erheblich herabmindern zu können. Im Januar dieses Jahres hat Deutschland für 148 Millionen Mark Kohlen aus England bezogen und im Juli war die Einfuhr auf 1108 Millionen Mark gestiegen. Im ersten Halbjahre sind für rund 2 1/2 Milliarden Mark englische Kohlen importiert worden. Durch die Wehrförderung hofft man, die negative Seite der deutschen Handelsbilanz zum Teil beseitigen zu können.

Auch das Markenbrot wird teurer.

Durch die Ungunst des Wetters ist die Getreideernte in Deutschland nur als Mittelernte zu bezeichnen, in vielen Teilen ist sie sogar eine Missernte geworden. Die Landwirte sind nicht in der Lage, die ihnen auferlegten Umlagemengen aufzubringen und es wird nötig werden, entweder das Umlagegeld herabzusetzen oder Mehl aus dem freien Verkehr zur Herstellung des Markenbrotes zu verwenden. Es muß damit gerechnet werden, daß vom 1. September ab das Markenbrot mindestens 36 Mark kosten wird. Markenfreies Brot wird bereits von der kommenden Woche ab 60 Mark kosten und mit weiteren Erhöhungen von Woche zu Woche werden zu rechnen sein.

Die Zeichnungen auf die Zwangsanleihe.

Berlin, 25. Aug. Vom Reichsfinanzministerium wird darauf hingewiesen, daß der Zeichnungskurs von 98 Prozent für die Vorauszeichnung auf die Zwangsanleihe nur noch bis zum 31. August gilt. Der Zeichnungskurs steigt in den folgenden Monaten bis zu einem Kurse von 104 Prozent für Zeichnungen im Februar 1923. Die Zeichnung kann bei den bereits eingerichteten Annahmestellen vorgenommen werden. Etwa zu viel bezahlte Beträge werden mit 5 Prozent Zinsen zurückerstattet.

Gewerkschaftsbund und Markenwertung.

Berlin, 25. August. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat am Donnerstag an den Trades-Union-Kongress in London ein Telegramm gerichtet, in dem er unter Hinweis auf den ungesunden Dollarstand, der den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands bedeute, auf die Folgen für alle Industrieländer aufmerksam macht. Noch sei eine Rettung möglich. Sie hänge hauptsächlich von den Maßnahmen der Trades-Union ab.

Dollar (Amtlich): 1850